Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/614

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

41. Sitzung des Deutschen Bundestages am Dienstag, dem 17. Mai 1966

42. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 18. Mai 1966

I. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

I. 1. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**

Wie steht die Bundesregierung zur Einführung des Haftpflichtversicherungszwanges für alle Motorbootfahrzeuge?

I. 2. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist die Bundesregierung bereit, einen Gesetzentwurf zur Änderung des § 61 Konkursordnung dahin gehend vorzulegen, daß die rückständigen Forderungen aus Lohn, Kostgeld oder anderen Dienstbezügen den rückständigen Forderungen aus der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung, der Berufsgenossenschaften und Familienausgleichskassen im Range vorgehen, wodurch eine Benachteiligung der Arbeitnehmer beseitigt würde, die darin liegt, daß die rückständigen Forderungen aus Sozialabgaben erfahrungsgemäß erheblich höher sind als die rückständigen Lohn- und Gehaltsforderungen, sodaß die Arbeitnehmer als die sozial Schwächeren durchschnittlich nur geringe Restbeträge ausbezahlt erhalten?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Trifft es zu, daß an dem in allen Bundesländern mit Ausnahme kleiner Gebiete in Bayern als Feiertag anerkannten Buß- und Bettag die Fernsprechgebühren wie an Werktagen berechnet werden, obwohl in allen Dienstbereichen der Deutschen Bundespost am Buß- und Bettag Dienst wie an Sonn- und Feiertagen vorgesehen ist?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

VI.	2. Abgeordneter **Felder**	Liegen für die in Frage VI/1 erwähnte Vereinbarung Schwierigkeiten vor, die andere behördliche Stellen bereitet haben?
VI.	3. **Abgeordnete Frau Meermann**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die bagatellisierenden Äußerungen aus dem Bundesgesundheitsministerium über Pflanzenschutzmittelrückstände in holländischem Kopfsalat durch das Ergebnis der vom Bundesernährungsministerium vorgenommenen Überprüfung von Untersuchungskontrollen nicht gerechtfertigt werden?
VI.	4. **Abgeordnete Frau Meermann**	Sind in den letzten Monaten regelmäßig Salatkontrollen der amtlichen Lebensmittelüberwachungsbehörden vorgenommen worden?

VII. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

VII.	1. Abgeordneter **Dr. Martin**	Hat die Bundesregierung die dpa-Meldung 73 vom 28. April 1966 aus Lagos (Nigeria) überprüft, wonach die Nigerianische Ärztekammer nur noch die medizinischen Examina von acht deutschen Universitäten anerkennen will und beispielsweise die Universitäten Marburg, Gießen und Göttingen ausschließt?
VII.	2. **Abgeordneter Dr. Martin**	Sind der Bundesregierung die Hintergründe bekannt, die zu der in Frage VII/1 erwähnten Entscheidung geführt haben?
VII.	3. **Abgeordneter Dr. Martin**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um von außen kommende Diskriminierung angesehener deutscher medizinischer Fakultäten zu verhindern?
VII.	4. **Abgeordneter Matthöfer**	Wie beurteilt die Bundesregierung die Stellungnahme des DGB gegen die Aufnahme Franco-Spaniens in die EWG?
VII.	5. **Abgeordneter Matthöfer**	Ist die Bundesregierung auch der Meinung, daß die Wiedereinführung der Koalitionsfreiheit, das Bestehen freier und unabhängiger Gewerkschaften, die Freilassung der politischen Gefangenen und volle Meinungs- und Pressefreiheit Vorbedingungen der Aufnahme Spaniens in die EWG sein müssen?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VIII.	1. Abgeordneter **Dr. Lohmar**	Wie beurteilt die Bundesregierung das vom Bayerischen Rundfunk in die Wege geleitete „Tele-Kolleg"?

VIII.	2. Abgeordneter **Dr. Lohmar**	Beabsichtigt die Bundesregierung, in der Regierungskommission des Bildungsrates und in der Ständigen Kommission von Bund und Ländern darauf hinzuwirken, daß die Erfahrungen des Bayerischen Rundfunks über das in Frage VIII/1 genannte „Tele-Kolleg" systematisch ausgewertet und daß die Möglichkeiten des Fernsehens für die Ausbildung auf allen Stufen in allen Bundesländern genutzt werden?
VIII.	3. Abgeordneter **Kulawig**	Hält die Bundesregierung es mit dem Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz (Artikel 3 Abs. 1 GG) für vereinbar, daß nach der Bundesnebentätigkeitsverordnung vom 22. April 1964 Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Bürgermeister und Beigeordnete nicht auf Gehaltsbezüge von aktiven Bundesbeamten anzurechnen sind, während die gleichen Entschädigungen noch heute auf Versorgungs- und Ruhegehaltsbezüge angerechnet werden?
VIII.	4. Abgeordneter **Kulawig**	Ist die Bundesregierung bereit, eine entsprechende Regelung, wie sie § 7 Abs. 2 der Bundesnebentätigkeitsverordnung vom 22. April 1964 vorsieht, auch für die Empfänger von Ruhegehalts- und Versorgungsbezügen zu schaffen?
VIII.	5. Abgeordneter **Kulawig**	Ist die Bundesregierung bereit, alle streitigen Fälle in die in Frage VIII/4 erwähnte Regelung einzubeziehen?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

IX.	1. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß im grenzüberschreitenden Güternahverkehr die ausländischen Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik Deutschland einer niedrigeren Kraftfahrzeugsteuer unterliegen als die inländischen Kraftfahrzeuge?
IX.	2. Abgeordneter **Schmidt (Braunschweig)**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Wettbewerbsbenachteiligungen für den inländischen grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr zu beseitigen?
IX.	3. Abgeordneter **Jahn (Marburg)**	Wann wird die Bundesregierung einen neuen Gesetzentwurf zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften der Reichsabgabenordnung vorlegen, der die Strafbefugnisse der Finanzbehörden aufhebt und auf die ordentlichen Gerichte überträgt, wie das durch Artikel 92 GG geboten ist?

IX. 4. **Abgeordneter Dr. Müller-Emmert**

Sind bei der Einkommensermittlung gemäß § 21 Abs. 1 Wohngeldgesetz zum Zwecke der Berechnung von Mietzuschuß von den Einkünften aus einem teilweise eigengenutzten Mehrfamilienhaus Werbungskosten absetzbar, soweit sie auf Zinsen für das zum Zwecke des Eigentumserwerbs aufgenommene Fremdkapital beruhen und zu Verlusten aus der Vermietung führen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

IX. 5. Abgeordneter **Lautenschlager**

Mit welchen Maßnahmen will der Bundesfinanzminister den Fehlbedarf an Wohnungen für Bedienstete der Bundesfinanzverwaltung im Bereich der Oberfinanzdirektionen Nürnberg und München beseitigen?

IX. 6. Abgeordneter **Lautenschlager**

In welchem Umfang wird das Bundesfinanzministerium die unhaltbaren Verhältnisse auf dem baulichen, verkehrsmäßigen und dienstplatzmäßigen Sektor beim Zollamt Lindau — Ziegelhaus beseitigen?

IX. 7. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist die Bundesregierung bereit, anläßlich der Olympischen Spiele 1972 in München ein 5-Mark-Stück mit olympischen Symbolen prägen zu lassen, um den Münzgewinn zur Finanzierung der Olympischen Spiele verwenden zu können?

IX. 8. Abgeordneter **Strohmayr**

Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die in Frage IX/7 erwähnte Münze in ausreichender Auflage geprägt wird, damit Spekulationen weitgehend ausgeschlossen werden können?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

X. 1. **Abgeordneter Welslau**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Auszahlungsanträge auf bewilligte Siedlungskredite für den Neubau von Nebenerwerbsstellen gegenwärtig nicht bedient werden?

X. 2. Abgeordneter **Welslau**

Trifft es zu, daß die Siedler die Zinslasten für die erforderliche Zwischenfinanzierung tragen müssen?

X. 3. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Gedenkt die Bundesregierung Nationalparks oder große zusammenhängende Naturschutzgebiete in Deutschland zu schaffen, in welchen alle deutschen Wildtiere geschützt sind und welche zur Erholung und Freude der Bevölkerung dienen, so wie das in fast allen anderen Kulturstaaten geschehen ist?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

X. 4. Abgeordneter **Dr. Giulini**

Gedenkt die Bundesregierung dem Deutschen Naturschutzring, dem Dachverband aller Organisationen und Vereine, die mit der Erhaltung der Natur zu tun haben, ähnlich wie anderen Verbänden Geldmittel zur Verfügung zu stellen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

X. 5. Abgeordneter **Röhner**

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß nach Verabschiedung des Bundeshaushaltes die für die einzelnen Förderungsmaßnahmen des Grünen Planes und der Anpassungshilfe 1966 notwendigerweise zu erlassenden neuen Richtlinien in diesem Jahr so rechtzeitig fertiggestellt werden, daß die vorgesehenen Maßnahmen unverzüglich anlaufen und die dafür bereitgestellten Mittel im laufenden Haushaltsjahr den Antragstellern tatsächlich zukommen können?

X. 6. Abgeordneter **Röhner**

Wird die Bundesregierung insbesondere Vorsorge treffen, daß die neuen Richtlinien für die Verbesserung der arbeitswirtschaftlichen und hygienischen Bedingungen in den Wohnhäusern landwirtschaftlicher Betriebe unmittelbar nach Verabschiedung des Haushaltes 1966 veröffentlicht werden, damit diese für die Arbeitsentlastung der Bäuerinnen besonders wichtige Förderungen ohne Zeitverlust wirksam werden können?

X. 7. Abgeordneter **Röhner**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Landwirtschaftliche Rentenbank in Frankfurt (Main) zunehmend Anträge auf Althofsanierung und Aussiedlung u. a. mit der Begründung ablehnt, die antragstellenden Betriebe verfügten nicht über eine ausreichende Betriebsgröße nach der Betriebsgrößen-Listensammlung, die von den Bundesländern zur agrarstrukturellen Rahmenplanung erstellt wurde?

X. 8. Abgeordneter **Röhner**

Steht nach Auffassung der Bundesregierung das in Frage X 7 aufgezeigte Verfahren in Einklang mit den geltenden „Richtlinien für die Förderung von Aussiedlungen, baulichen Maßnahmen in Altgehöften und Aufstockungen aus Mitteln des Grünen Planes" und mit den darin angeführten „Leitbildern für bäuerliche Familienbetriebe"?

X. 9. Abgeordneter **Röhner**

Ist die Bundesregierung bereit, nachhaltig darauf hinzuwirken, daß entsprechend ihren bisherigen agrarpolitischen Grundsätzen auch weiterhin alle bäuerlichen Familienbetriebe im Bedarfsfall in den Genuß der in Frage X/8 erwähnten Förderungsmaßnahmen kommen, ohne daß die mit der Durchführung der Förderung betrauten Verwaltungsstellen ihre Entscheidungen von starren und zu eng gefaßten Betriebsgrößen-Vorstellungen abhängig machen und damit weite Teile des klein- und mittelbäuerlichen Bereichs von dieser Förderung ausschließen?

X. 10. Abgeordneter **Wächter**

Wie hoch waren in den Jahren 1962 bis 1965 die Umsätze der vier großen Seefischmärkte Bremerhaven, Cuxhaven, Hamburg und Kiel mengen- und wertmäßig?

X. 11. Abgeordneter **Wächter**

Wieviel Prozent der Menge und des Wertes entfallen auf die einzelnen in Frage X/10 genannten Häfen?

X. 12. Abgeordneter **Rehs**

Wie hoch ist die Differenz zwischen dem im Zweiten Fünfjahresplan zur weiteren Eingliederung vertriebener und geflüchteter Bauern festgelegten Finanzierungsvolumen und dem im Siedlungstitel (Epl. 10 Tit. 571) für das Haushaltsjahr 1966 verplanten Finanzierungsrahmen?

X 13. Abgeordneter **Rehs**

Welche Schritte werden von der Bundesregierung unternommen, um zu erreichen, daß die für das Haushaltsjahr 1966 verplanten Siedlungsmittel (Epl. 10 Tit. 571) in vollem Umfange zur Barauszahlung gelangen und damit die Planung und Inangriffnahme weiterer Eingliederungsvorhaben nicht weiter gehemmt und unterbunden wird?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

XI 1. Abgeordneter **Reichmann**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Förderung und Entwicklung der Orthopädietechnik dadurch stark beeinträchtigt und behindert ist, weil eine Koordinierung der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens der zuständigen Institutionen und Organisationen sowie der Versicherungsträger nicht gegeben ist?

XI. 2. Abgeordneter **Reichmann**

Ist es zutreffend, daß die für die in Frage XI/1 aufgezeigten Probleme eigentlich zuständige Stelle im Bundesarbeitsministerium seit längerer Zeit nicht besetzt ist?

XI. 3. Abgeordneter **Reichmann**

Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um die Rehabilitation der Kriegs- und Zivilversehrten durch die Förderung der Orthopädietechnik zu verbessern?

XI 4. Abgeordneter **Josten**

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Anträge auf Anerkennung als Kriegsopfer nach dem Bundesversorgungsgesetz noch unerledigt sind?

XI 5. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Welches ist der derzeitige Stand der Erforschung von körperlichen Spätschäden nach Kriegsgefangenschaftszeiten unter besonderer Berücksichtigung der Dauer der Lebenserwartung bei ehemaligen Kriegsgefangenen?

XI. 6. Abgeordneter **Geiger**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Beiträge zur Rentnerkrankenversicherung die Ausgaben für die versicherten Rentner nicht decken?

XI. 7. Abgeordneter **Geiger**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die wegen des in Frage XI/7 erwähnten Problems immer bedrohlicher werdende Finanzsituation der Ortskrankenkassen zu erleichtern?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

XII. 1. Abgeordneter **Berkhan**

Ist es zutreffend, daß im Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums Zuschüsse für eine Militärzeitschrift eingeplant sind?

XII. 2. Abgeordneter **Berkhan**

Trifft es zu, daß die Verhandlungen über eine neue Militärzeitschrift mit dem Ziel geführt werden, den Verlegern einen Mindestabsatz zuzusichern?

XII. 3. Abgeordneter **Wienand**

Sind Meldungen zutreffend, nach denen das Bundesverteidigungsministerium beabsichtigt, mit zwei Verlagen zusammen eine neue Militärzeitschrift herauszubringen?

XII. 4. Abgeordneter **Wienand**

Trifft es zu, daß die in Frage XII/3 erwähnte Militärzeitschrift in Illustriertenform aus dem Verteidigungshaushalt subventioniert werden soll?

XII. 5. Abgeordneter **Wienand**

Trifft es zu, daß durch die in Frage XII/4 erwähnten Subventionen Einfluß auf den redaktionellen Teil genommen werden soll?

XII. 6. Abgeordneter **Felder**

Billigt der Bundesverteidigungsminister auch künftig die Entsendung einer Bundeswehrdelegation zu Gedenkfeiern des „Stahlhelms", wie dies z. B. im Vorjahre in Hechingen geschehen ist?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XIII. 1. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Aus welchen Gründen versagt die Bundesregierung trotz vorheriger anderer Planung jetzt die Zustimmung zum Ausbau der Anschlußstelle Egelsbach im Nordabschnitt des Main-Neckar-Schnellweges, obwohl den bisherigen Erfahrungen nach diesem Plan eine gewisse Verkehrsbedeutung nicht abzusprechen ist?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

XIII.	2. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung außer der Einführung des Führerscheins für Motorboote auf Seeschiffahrtstraßen und in Küstengewässern, um die Sicherheit für alle Wassersportler auf allen Gewässern zu verbessern?
XIII.	3. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**	Hält die Bundesregierung es nicht für sinnvoll, zu einer generellen Kennzeichnungspflicht von Motorbooten überzugehen?
XIII.	4. Abgeordneter **Baron von Wrangel**	Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob die Beseitigung der schweren Frostschäden im Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein gewährleistet ist?
XIII.	5. Abgeordneter **Baron von Wrangel**	Werden durch die Beseitigung der in Frage XIII/4 erwähnten Frostschäden die laufenden Straßenbaupläne und Straßenbauarbeiten verzögert oder gar erheblich beeinträchtigt?
XIII.	6. Abgeordneter **Dorn**	Hält die Bundesregierung nach wie vor daran fest, daß die geplante Bonner Südbrücke eine besondere Fahrspur für den öffentlichen Nahverkehr nicht erhalten soll?
XIII.	7. Abgeordneter **Dorn**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen und die Stadt Bonn der Meinung sind, daß dem öffentlichen Personennahverkehr im Raum Bonn-Siegburg großer Schaden zugefügt würde, wenn die in Frage XIII/6 erwähnte besondere Trasse nicht mitgebaut würde?
XIII.	8. Abgeordneter **Strohmayr**	Treffen Presseberichte zu, wonach die Bundesbahn für die Beförderung von drei Personen einschließlich Auto z. B. auf der Strecke Köln-München für Hin- und Rückfahrt 300 DM erhebt, während der Fahrpreis für ein Ehepaar mit einem Kind über 10 Jahren auf der gleichen Strecke 408 DM beträgt?

Bonn, den 12. Mai 1966